



Konrad
Adenauer
Stiftung

IDEOLOGIE DES „MODERNISIERTEN“ RECHTSEXTREMISMUS

EINE HANDREICHUNG ZUR POLITISCHEN
AUSEINANDERSETZUNG

RUDOLF VAN HÜLLEN



ISBN 978-3-939826-93-4

INHALT

5	VORWORT	
	<i>Wilhelm Staudacher</i>	
7	1. EINLEITUNG	
9	2. STELLENWERT POLITISCHER PROGRAMMATIK BEI RECHTSEXTREMISTEN	
	2.1 Primat revolutionärer Grundsatzanliegen	9
	2.2 Kernelemente rechtsextremistischer Programmatik	10
	2.2.1 „Systemüberwindung“	10
	2.2.2 Feindbilder	14
	2.2.3 Verschwörungstheorien	16
18	3. IDEOLOGIE- UND GRUNDWERTEEBENE	
	3.1 „Lebensrichtiges Menschenbild“ als Grundlage völkischer Ideologie	18
	3.2 Volksgemeinschaft als ethnisch bestimmte Zwangskörperschaft	21
	3.3 Kampf gegen „Menschenrechtsideologie“	23
	3.4 Kulturelle Referenzmodelle: Neoheidnische Visionen	26
	3.5 Geschichtsbild: Vorbild Nationalsozialismus	28
31	4. MITTLERE POLITIKEBENE: INTERNATIONALE/ EUROPÄISCHE/DEUTSCHE POLITIK	
	4.1 „Ethnopluralismus“ und Kampf gegen „Globalismus“	31
	4.2 Ausstieg aus der Europäischen Union	34
	4.3 Ausstieg aus dem atlantischen Bündnis	36
	4.4 Verhältnis zum Islamismus	37
	4.5 „Raumorientierte Wirtschaftspolitik“	39
	4.6 Sozialagitation	40
43	5. ANHANG: EINFÜHRENDE LITERATUR	
45	DER AUTOR	

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-93-4

VORWORT

Winston Churchill wird das Zitat zugeschrieben, „*die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen alle anderen.*“ Damit wollte der britische Staatsmann verdeutlichen, dass die Demokratie jeden Tag neu erarbeitet, ja zuweilen auch unter Schwierigkeiten erkämpft werden muss. Das friedliche Zusammenleben der Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit und die geregelte Auflösung von Interessengegensätzen stellt immer neue Herausforderung an die Politik. Dazu gehört, die Demokratie gegen ihre Feinde, gegen die Extremisten gleich welcher Couleur entschieden zu verteidigen.

Diese Auseinandersetzung – insbesondere mit den Gegnern der Demokratie vom rechten Rand unserer Gesellschaft – ist in den vergangenen Jahren schwieriger und vielschichtiger geworden: Die Rechtsextremisten haben ihre Taktik verändert. Sie haben ihr politisches Auftreten organisatorisch und strategisch professionalisiert. Sie versuchen, sich einen bürgerlichen „Anstrich“ zu geben und versprechen sich davon größere Akzeptanz.

Die vorliegende Studie stellt zum einen diese Tendenzen eingehend dar und will damit helfen, Rechtsradikalismus frühzeitig zu erkennen. Sie zeigt aber auch, dass der Rechtsextremismus seine Wurzeln nach wie vor im nazistischen, faschistischen und totalitären Denken hat. Sie beschreibt, dass sich die radikale Rechte nicht scheut, linksextremen Populismus aufzugreifen und sich zu eigen zu machen. Zugleich wirft die Studie ein Schlaglicht auf die handelnden Personen und auf den Widerspruch zwischen bürgerlichem Habitus auf der einen und kriminellen Verstrickungen der politischen Akteure auf der anderen Seite.

Damit will die Studie Grundlagen für ein entscheidendes Ziel legen: Der Rechtsextremismus muss mit allen zur Verfügung stehenden und erfolgversprechenden Mitteln von Rechtsstaat, Politik und Gesellschaft bekämpft werden. Im Mittel-

punkt dieser Auseinandersetzung muss die politische Bildung stehen. Es ist vor allem sie, die in enger Kooperation mit Schulen, Lehrern und Multiplikatoren in zwei Richtungen aktiv werden kann: Sie kann erstens über die Aktivitäten von Extremisten informieren, ihre ideologischen Wurzelgründe freilegen und damit Ansatzpunkte für das Engagement gegen ihre Agitation bieten.

Sie kann aber zugleich den antitotalitären Grundkonsens stärken und gegen Extremismen immunisieren, indem sie für die Demokratie wirbt, indem sie die Vorzüge dieser Staatsform immer wieder neu erklärt, indem sie Demokraten heranbildet und zur Übernahme von Verantwortung für Toleranz, Meinungsfreiheit und Menschenrechte ermuntert. Der antitotalitäre Grundkonsens gegen jede Form von Extremismus, der unserer Demokratie und der Idee der wehrhaften Idee zugrunde lag, droht verloren zu gehen. Wir knüpfen an diesen Grundkonsens an.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihre Wurzeln in der Politischen Bildung. Die Demokratie zu stärken, den Wertekonsens zu festigen und politische Willensbildung zu unterstützen, gehört zu ihren Kernaufgaben. Wir wollen die Zukunft der Demokratie sichern – und mit der Demokratie die Zukunft sichern. Zu dieser Aufgabe soll diese Studie einen wichtigen Beitrag leisten.

Wilhelm Staudacher
Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

1. EINLEITUNG

Der „modernisierte“ Rechtsextremismus ist – wie Mitglieder- und Wählerprofil vor allem der NPD belegen – nicht länger ein Phänomen nur „ewig Gestriger“. Hauptsächliche Zielgruppe und Betätigungsfeld des Rechtsextremismus sind junge Menschen, die zumeist über Freizeitangebote wie Konzerte mit rechtsextremistischer Musik angesprochen und dann schrittweise mit rechtsextremistischer Ideologie politisiert werden.

Eine „Modernisierung“ des rechtsextremistischen Kernpotenziales – es umfasst vor allem das Bündnis aus NPD, DVU und neonationalsozialistischen „Kameradschaften“ – bezieht sich auf zwei Aspekte: Einerseits haben die Akteure ihr politisches „Marketing“ erheblich modernisiert und treten wesentlich professioneller und selbstbewusster auf als noch vor wenigen Jahren. Andererseits – und hier wäre die „Modernisierung“ in Anführungszeichen zu setzen – hat vor allem die NPD eine ideologische Wandlung durchgemacht. Sie übernahm ein völkisch-rassistisches, neonazistisches Weltbild, das gegen alle zivilisatorischen Normen gerichtet ist. An diese ideologische Grundausstattung knüpfen sich politisch-programmatische Forderungen, die – kämen sie zur Umsetzung – verheerende Folgen auf fast allen Politikfeldern nach sich zögen.

Auf beiden Ebenen kann politische Aufklärung ansetzen: Sie kann die menschen- und zivilisationsfeindlichen Weltbilder

der Rechtsextremisten der Wertebasis freiheitlicher Demokratien gegenüberstellen, sie kann aber auch die praktischen Forderungen der Rechtsextremisten an ihren Folgen messen und widerlegen. Welcher Weg der Auseinandersetzung gewählt wird, hängt von der Situation und den Zielgruppen ab.

Der regional immerhin bemerkenswerte Erfolg von Rechtsextremisten verbietet es, deren Ideologie einfach zu ignorieren. Rechtsextremistische Karrieren beginnen nicht mit dem bewussten und reflektierten Zuspruch zu völkisch-rassistischen Theorien, sondern eher beim Freizeitevent, in der Gruppe beim Musikhören und gemeinsamen Biertrinken, schließlich in der Übernahme rechtsextremistischer Stereotypen und Vorurteilmuster, beim Auskosten der Provokation und der Tabubrüche, die von rechtsextremistischen Aktivitäten ausgehen. Ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild mit bewusster Bejahung völkisch-rassistischer Ideologie steht eher am Ende des Politisierungsprozesses.

Bei nur oberflächlich anpolitisierten jungen Menschen kann daher die Widerlegung rechtsextremistischer Agitation durch Fakten oder durch das Aufzeigen voraussehbarer Folgen durchaus wirksam sein. Rechtsextremistische Geschichts- und Politiklegenden arbeiten häufig mit Fälschungen und sind durch Fakten widerlegbar. Bereits verfestigte Weltbilder durch eine Diskussion auf Werte- und Grundsatzebene zu erschüttern, ist anspruchsvoller und setzt Aufnahmebereitschaft und entsprechendes Reflexionsniveau der Zielgruppe voraus.

Bei der folgenden Darstellung rechtsextremer Programmatik werden überwiegend Texte der NPD verwendet. Das aktuelle Parteiprogramm wurde 1997 beschlossen (14 Seiten) und durch ein „Aktionsprogramm“ von 77 Seiten ergänzt. Sie scheiterte im Oktober 2007 mit dem Versuch, einen Parteitag abzuhalten, auf dem eine aktualisierte und erweiterte Fassung des Grundsatzprogramms hätte verabschiedet werden sollen. Die DVU kennt nur ein Kurzprogramm, das zudem von sprachlicher Verstellung geprägt und von der Praxis der Partei nicht gedeckt ist. Das Verhältnis zwischen NPD und „Kameradschaften“, soweit es politische Inhalte angeht, brachte der heutige NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski (Mecklenburg-Vorpommern) zum Ausdruck, als er in der *taz* vom 8. April 2006 erklärte: „Ideologisch sind wir doch sowieso identisch. Also habe ich mich einfach integriert.“

2. STELLENWERT POLITISCHER PROGRAMMATIK BEI RECHTSEXTREMISTEN

In Schriften niedergelegte politische Programmatik gilt verbreitet als vernachlässigbarer Aspekt des politischen Geschehens. Im Zweifel, so lautet die Vorstellung, würden politische Grundsätze ohnehin pragmatisch auf dem Altar der Sachzwänge geopfert. Diese Auffassung ist insbesondere mit Blick auf extremistische Organisationen falsch. Historische Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, dem Stalinismus/Maoismus und neuerdings dem islamistischen Fundamentalismus belegen, dass ideologische Überzeugungen gerade von fanatisch motivierten Organisationen ohne Rücksicht auf die Folgen eins zu eins umgesetzt werden – notfalls unter schrankenlosem Einsatz von Gewalt. Das gilt auch für den taktisch zivilisiert auftretenden „modernisierten“ Rechtsextremismus.

2.1 PRIMAT REVOLUTIONÄRER GRUNDSATZANLIEGEN

DVU, NPD und „Kameradschaften“ stellen ihre tagespolitischen Forderungen grundsätzlich in den Dienst ihrer System überwindenden Fernziele. Dies gilt sowohl für die mittlere Politikebene als auch für die Aktivitäten auf regionaler und kommunaler Ebene. Auf beiden Ebenen wird die NPD Themen nur aufgreifen, wenn sie entweder Ausdruck einer

gelebten Volksgemeinschafts-Ideologie, also der Grundwerte-Ebene sind oder wenn sie sich so zuspitzen lassen, dass die Vorschläge der Partei die „Richtigkeit“ ihrer politischen Fernziele zu bestätigen scheinen oder sie auf andere Art mindestens mittelfristig fördern. Dabei kann es vorkommen, dass sie – nachgerade auf kommunaler Ebene – Forderungen erhebt, die isoliert betrachtet vernünftig und sachlich angemessen erscheinen und die auch von Demokraten erhoben bzw. unterstützt werden könnten.

2.2 KERNELEMENTE RECHTSEXTREMISTISCHER PROGRAMMATIK

2.2.1 „Systemüberwindung“

DVU, NPD und „Kameradschaften“ wollen „das System“ überwinden. „Das System hat keine Fehler, es ist der Fehler“, formuliert dazu eine Parole der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) in Anlehnung an identische linksextremistische Diktion. Die gebräuchlichen Begriffe „System“, aber auch „Systemparteien“, „Systempresse“, „Systempolitiker“ und „Systemlinge“, gehen auf den Sprachgebrauch der NSDAP zurück. Entsprechende Absichten der „Systemüberwindung“ räumen heutige Rechtsextremisten aber unterschiedlich offen ein.

Argumentationshinweis: Scheinlegalismus der DVU

Lediglich die DVU gibt sich betont verfassungstreu. Ihr schmalbrüstiges „Partei-Programm“ beginnt mit der Behauptung, die Partei bekenne sich „vollinhaltlich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist“¹. Sie verweist auf den Art. 56 GG, nach dem der Bundespräsident sich bei Amtsantritt verpflichtet, seine „Kraft dem Wohle des deutschen Volkes (zu) widmen, seinen Nutzen (zu) mehren, Schaden von ihm (zu) wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes (zu) wahren und (zu) verteidigen, seine Pflichten gewissenhaft (zu) erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann (zu) üben“. Platt populistisch deklariert die DVU nunmehr als „Wohl des Volkes“ ihr eigenes Programm. Was die DVU wolle, ergebe ich aus dem alle Politiker verpflichtenden Amtseid (der tatsächlich nur Amtsträger, aber nicht alle Politiker verpflichtet). „Dass deutsche Politik in Deutschland endlich wieder gemäß dieser Vorschrift gemacht wird, ist das Hauptziel unserer Partei“, heißt es in

der Präambel zum „Partei-Programm“ der DVU. Sodann folgen lauter programmatische Aussagen, die in ihrer Gesamtschau der Rechts- und Verfassungsordnung auf das Gründlichste widersprechen. Im Übrigen belegt die DVU jenseits ihres Lippenbekenntnisses zum Grundgesetz mit jeder Ausgabe der Publikationen aus dem Verlagshause Frey ihre Verfassungsfeindlichkeit. Deren Agitation ist fremdenfeindlich, verherrlicht die Angriffskriege des Dritten Reiches und relativiert die Massenverbrechen des NS-Regimes.

Bei der NPD gibt es Bekundungen im Programm und aus dem Munde des Parteivorsitzenden, die belegen sollen, dass die Partei nicht die Abschaffung von Demokratie und Rechtsstaat, sondern im Gegenteil deren Befestigung anstrebe. Sie verdienen keine Beachtung. In der *Jungen Freiheit* vom 24. September 2004 hat Voigt – offenbar in euphorischer Stimmung fünf Tage nach dem Wahlerfolg in Sachsen – dazu alles Notwendige gesagt:

Quellentext: Interview Udo Voigt in der *Jungen Freiheit* (JF) vom 24. September 2004

Voigt: Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat. Dies geht offensichtlich auch über die Wahlurne.

JF: *Bitte?*

Voigt: Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können.

JF: *Widersprechen Sie, wenn man da feststellt, dass die NPD zu Recht vom Verfassungsschutz verfolgt wird?*

Voigt: Nein, im Grunde ist diese Beobachtung aus Sicht der Vasallenstaaten nachvollziehbar. [...]

JF: *Wie hat man sich den Umsturz vorzustellen?*

Voigt: Durch revolutionäre Veränderung.

JF: *Nämlich?*

Voigt: Durch Bewusstwerdung des Volkes über den Zustand der Entmündigung, in dem es sich befindet, und eine demokratische Erhebung dagegen. Dieser Prozess hat am Sonntag mit dem Wahlerfolg der NPD in Sachsen bereits begonnen.

JF: *Lenin hielt es für legitim, der Geschichte durch Waffeneinsatz auf die Sprünge zu helfen, wenn die Zeit dafür reif ist.*

Voigt: Das kommt für uns nicht in Frage, die NPD erkennt das Gewaltmonopol des Staates und damit dessen Gesetze an.

JF: *Also ein legitimistischer Kurs?*

Voigt: Wir erstreben zwar die Überwindung der BRD, aber solange sie de facto existiert, werden wir ihre Gesetze befolgen.“

Die „Kameradschaften“ sind zwar Bestandteile der rechtsextremistischen Szene, aber gerade keine fassbare Organisation. Man kann deshalb nicht Aussagen einer Kameradschaftsstruktur einer anderen oder gar allen zuschreiben. Andererseits verbergen sie ihre Ziele nicht. Verfassungsfeindliche Äußerungen sind in Druckschriften und Internet so deutlich, dass sie für jede Region leicht auffindbar sind. Für regionale überörtliche Zusammenschlüsse sind die Internet-Adressen der „Aktionsbüros“ oder das „Störtebeker-Netz“ hilfreich. Um Straffälligkeit zu vermeiden, neigen solche Internet-Portale allerdings dazu, aggressive Aussagen durch Sarkasmus und Ironie zu verfremden.

Argumentationstipp:

Gegenbild zur demokratischen Verfasstheit der Bundesrepublik ist für die NPD und die Kameradschaften die „Reichsidee“. „Die Wiederherstellung des Deutschen Reiches ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Nationalisten“, heißt es im *Politischen Lexikon* der NPD. In diesem Zusammenhang wird oftmals bekundet, das Deutsche Reich sei gar nicht untergegangen, sondern lediglich durch die Verhaftung der Reichsregierung Dönitz (als Nachfolger des Reichskanzlers Hitler) durch die britische Besatzungsmacht handlungsunfähig geworden. Die Bundesrepublik hingegen sei ein Besatzungsdiktat: *„Das deutsche Volk durfte nie in einer Volksabstimmung über das Grundgesetz befinden, weshalb es seit seiner Verkündung 1949 ein schwerwiegendes Legitimationsdefizit aufweist. Eine deutsche Nationalversammlung müsste deshalb eine wirkliche ‚Verfassung‘ verabschieden, als die selbst die BRD-Gründungsväter das Grundgesetz ausdrücklich nicht angesehen haben. Mit der Forderung nach einer Nationalversammlung steht man indes voll auf dem Boden des Grundgesetzes. In Art. 146 heißt es nämlich, dass das GG seine Gültigkeit verliert, wenn eine vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossene Verfassung in Kraft tritt.“* (Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, a.a.O., S. 29 f.)

Der Sachverhalt ist kompliziert, weshalb die Argumentation der NPD einer Widerlegung bedarf. Richtig ist, dass auch nach Auffassung der Staatsrechtslehre das Deutsche Reich mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 nicht untergegangen, sondern lediglich handlungsunfähig geworden ist. Es hat sich seit 1949 in zwei Teilen – Bundesrepublik und DDR – neu organisiert: „Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘“ (BVerGE 36,1 ff., Urteil vom 31. Juli 1973 – Grundlagenvertrag –). Dem stand allerdings das Wiedervereinigungsgebot gerade nicht entgegen; Art. 23 GG eröffnete für andere Teile Deutschlands das Angebot, der Bundesrepublik beizutreten. Dies ist am 3. Oktober 1990 geschehen, als die nach dem Sturz der SED-Diktatur neu gegründeten Länder der DDR ihren Beitritt zur Bundesrepublik beschlossen. Der Art. 23 GG ist damit nach allgemeiner Auffassung „erschöpft“. Art. 146 GG lautet in der neuen Fassung: „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Neu eingefügt wurde die Passage „das nach der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt“. Damit ist das Grundgesetz kein Provisorium mehr, sein Wiedervereinigungsgebot ist erfüllt, und die in Art. 146 GG erwähnte Möglichkeit, sich eine neue Verfassung zu geben, steht letztlich jedem Volkssouverän zu.

Anders als von Extremisten über Jahrzehnte gerne behauptet, hatte das Grundgesetz ungeachtet einer fehlenden Volksabstimmung oder eines Bundestagsbeschlusses (der Bundestag wurde erst nach der Inkraftsetzung des Grundgesetzes aufgrund der darin niedergelegten Vorschriften gewählt) auch keine Legitimationsmängel. Der verfassungsgebende Parlamentarische Rat bestand aus Abgesandten der demokratisch gewählten Länderparlamente. Und im Übrigen zog das Grundgesetz seine Legitimation aus der jahrzehntelangen überwältigenden und immer wieder bei Wahlen und Abstimmungen sowie im Alltag erneuerten und bekräftigten Zustimmung der Bevölkerung. Der französische Staatsrechter Ernest Renan hat diese Form der Legitimation als „plébiscite de tous les jours“ bezeichnet: als alltägliche Volksabstimmung.

2.2.2 Feindbilder

Extremistische Organisationen bevorzugen eine klare, simple Welterklärung bipolarer Zuschnitts: gut-böse, schwarz-weiß, Freund-Feind. Vermittelnde Positionen, Zweideutigkeiten, Grautöne sind unerwünscht. Der Gegenpart des eigenen Lagers und seiner Freunde ist der Feind. Der Feind ist nicht bloß politischer Gegner, er ist im existenziellen Sinne Feind, er ist vollkommen böse und muss total überwunden werden.

Zu den Feinden der NPD gehört selbstverständlich wie bereits dargestellt, das „System“. Es umfasst:

- das politische Institutionengefüge (NPD-Diktion: „Die BRD abwickeln“)
- die Grundwerte der Demokratie (NPD-Diktion: „Menschenrechtsideologie“ und „Westliche Wertegemeinschaft“)
- das Prinzip offener Gesellschaften mit entwickelten internationalen Kontakten und Beziehungen (NPD-Diktion: „Multikulti“, „Globalismus“, „One World“),
- die Marktwirtschaft und den Welthandel (NPD-Diktion: „Liberalkapitalismus“),
- seltener konkrete Akteure und Politiker (NPD-Diktion: „Systempolitiker“).

Es fällt auf, dass sich fast alle Facetten dieses Feindbildes gegen die Grundlagen der liberalen Demokratie angelsächsischer bzw. kontinental-europäischer Prägung richten. Insbesondere die USA, ihr politisches System, ihre Form der Marktwirtschaft, ihre multikulturelle, tolerante und auf individuelle Freiheit ausgerichtete Gesellschaft, schließlich ihr militärisches Potenzial ergeben aus rechtsextremistischer Sicht ein ideales und umfassendes Feindbild. Hinzu kommt, dass den Amerikanern weit stärker als den Sowjets und den übrigen Westalliierten die militärische Bezwingung des NS-Regimes zur Last gelegt wird. Nach der „Modernisierung“ der NPD rückten die USA zusätzlich stärker als Symbol eines weltweiten Kapitalismus ins Blickfeld.

Beim Feindbild USA können Rechtsextremisten noch zwei weitere Faktoren für sich nutzen: Ein unterschwelliger Antiamerikanismus existiert in den alten Bundesländern trotz erfolgreicher Demokratisierung und Westbindung fort. In der DDR war das Feindbild der „imperialistischen USA“ offizielles zentrales Element der Systemkonkurrenz; entsprechend gründ-

lich und nicht ohne Folgen wurde es offiziell gepflegt. Das hat Folgen hinterlassen.

Hintergrund und Argumentationshinweis:

Nach einer vom *Stern* im März 2007 veröffentlichten Umfrage sehen 72% der Befragten Deutschen in den USA eine größere Gefahr für den Weltfrieden als im Iran. Nur 31% halten die sich atomar aufrüstende Mullah-Diktatur für Friedensstörender. An solche Grunddaten kann die Agitation der NPD natürlich anknüpfen.

Argumentieren gegen solche Vorurteile ist demnach schwierig. Es kann sinnvoll sein, zunächst ein paar Argumente zum Fragenkomplex USA vorzuhalten:

Die USA sind eine multikulturelle Einwanderungsgesellschaft. Soweit Rechtsextremisten dies aus nationalistischer Sicht beanstanden, sollte darauf hingewiesen werden, dass die zweitgrößte Einwanderergruppe in die USA im 19. Jahrhundert aus Deutschen bestand.

Das Vertrauen der Amerikaner in die Vernunftfähigkeit der Menschen veranlasste die USA nach 1945, den besiegten Deutschen alsbald die Chance zum eigenständigen Aufbau einer Demokratie zu geben. Dieses Experiment unterstützten sie materiell und ideell großzügig. So konnte die Bundesrepublik mit ihrer wirtschaftlichen Prosperität und ihrem Ausmaß an Freiheit für den Einzelnen ein ständig präsenten Vorbild werden, das den Deutschen in der DDR Hoffnung auf eine Überwindung und Abwicklung der stalinistischen SED-Diktatur gab. Es waren im entscheidenden Moment 1989/90 wiederum die Amerikaner, welche die Pläne der Regierung Kohl für die deutsche Einheit nahezu vorbehaltlos unterstützten.

Wer beim Feindbild Amerika tiefer nachfasst, stößt auf einen noch dahinter liegenden, aber seltener artikulierten Kern. Denn wiederum stellvertretend für alle von Rechtsextremisten abgelehnten Facetten des „American Way of Death“ (NPD-Diktion) steht die „Ostküste“. Diese nur scheinbar geographische Bezeichnung ist eine unter Rechtsextremisten sofort verstandene Chiffre. „Ostküste“ meint die alten Kernstaaten der amerikanischen Föderation, insbesondere New York, das wiederum mit dem Standort der Börse und des Finanzestablishments identifiziert wird. Es ist

in rechtsextremistischer Vorstellung dominiert von „Liberalcapitalisten“ und „Globalisten“, die sich der US-Regierung zur Umsetzung ihrer angeblichen Weltherrschaftspläne bedienen. Dabei sind die handelnden Personen in rechtsextremistischer Vorstellung ganz überwiegend Juden, gedacht als Personen jüdischen Glaubens oder irgendwie mit dem „Zionismus“ oder dem Staat Israel verbundene Menschen.

Ergebnis: Der Kern des – zumeist wegen seiner möglichen Strafbarkeit unausgesprochenen – anti-westlichen, anti-amerikanischen Feindbildes der NPD, der „Kameradschaften“ und – in abgeschwächter Form – auch der DVU ist der Antisemitismus.

Hintergrund:

Antisemitismus ist ein vielschichtiges und komplexes Vorurteilmuster. Wegen der besonderen Sensibilität des Gegenstandes sollten Antisemitismus-Vorwürfe gut begründet sein. NPD und DVU meiden offen antisemitische Aussagen. Sie bevorzugen suggestive Andeutungen oder den so genannten „sekundären Antisemitismus“, der vorwiegend mit der Behauptung arbeitet, Juden missbrauchten das Andenken an den Holocaust, um die Deutschen in einem Schuldkomplex festzuhalten und daraus immer neue materielle Forderungen abzuleiten. Für einen Überblick über die Erscheinungsformen des Antisemitismus neuerdings die Beiträge in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 31/2007.

2.2.3 Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien stehen unmittelbar mit Feindbildern in Zusammenhang. Da Feindbilder in der Regel emotionale Konstrukte sind, aber nicht in erster Linie auf konkreten Beobachtungen des Handelns von konkreten Personen beruhen, können sie belegbare Zurechnungen für die festgestellten „Übel“ zumeist nicht leisten. Der Feind bleibt anonym, im Dunkeln, ist nicht zu fassen.

Angesichts fehlender Beweise gibt es für die Verursachung des Übels nur eine Erklärung: Es wird unsichtbar, im Geheimen ins Werk gesetzt – hinter der scheinbar das Feindbild nicht recht bestätigenden Realität steht eine zweite Wirklichkeit, in der von dunklen Mächten ein weltumspannender böser Plan entworfen und umgesetzt wird.

Traditionell sind viele solcher Verschwörungstheorien auf das Hauptfeindbild, die USA, und auf „die Juden“ bezogen. So gelten natürlich auch für die NPD die Anschläge des 11. September 2001 in New York nicht als das, was sie tatsächlich waren, nämlich als geplanter Terrorangriff islamistischer Fanatiker. Vielmehr geht die Partei von einem amerikanischen, mutmaßlich jüdischen Komplott aus. Es habe der US-Politik die Handhabe zum militärischen Losschlagen gegen „den Islam“ und zur imperialistischen Kontrolle der arabischen Ölressourcen liefern sollen.

Argumentationshinweis:

Der „Deutsche Stimme“-Verlag unterhält einen Versandhandel mit ausgiebigem Katalog (<http://www.ds-versand.de>) für einschlägige Literatur, Tonträger und Devotionalien. Das Literaturangebot enthält u.a. die Unterkategorie „God's own Country – die USA“, in der 67 Titel angeboten werden. Die meisten stammen zwar von rechtsextremistischen Autoren, doch sind auch etliche Werke mit einem nicht extremistisch motivierten Antiamerikanismus im Programm. Von den 67 angebotenen Titeln sind rund ein Dutzend, die sich mit den Ereignissen des 11. September 2001 befassen, linksextremistischen Ursprungs. Ein trübes Gemisch, das man ebenso in der Unterkategorie „Hinter den Kulissen / überstaatliche Mächte / New World Order“ antreffen kann. Die Botschaft lautet: Die Anschläge sind das Werk der Amerikaner, der Freimaurer oder auch des Mossad.

- 1| *Die DVU hat sich offenbar mit dieser Frage nicht sehr tiefgründig beschäftigt. Die – wie sie richtig heißt – „freiheitliche demokratische Grundordnung“ ist nicht etwa „im Grundgesetz verfasst“, sondern geht auf eine Rechtsauslegung des Bundesverfassungsgerichts zu den tragenden Grundsätzen der Verfassung aus Anlass des SRP-Verbots von 1952 zurück.*

3. IDEOLOGIE- UND GRUNDWERTEEBENE

3.1 „LEBENSRICHTIGES MENSCHENBILD“ ALS GRUNDLAGE VÖLKISCHER IDEOLOGIE

Allen politischen Philosophien liegen bestimmte – zumeist vorwissenschaftliche, auf Wertsetzungen basierende – Menschenbilder zugrunde. Für Rechtsextremisten ist ein äußerst pessimistisches Menschenbild typisch. In Analogie zur Natur wird das Wesen des Menschen im Kampf ums Überleben gesehen, bei dem die Starken obsiegen und die Schwachen untergehen. Diese darwinistische Sichtweise wird auf die Gesellschaft übertragen: Der Ausscheidungs- und Überlebenskampf „starker“ Kollektive, Sippen, Völker, Nationen oder Rassen gegen schwächere – und damit grundsätzlich als „minderwertig“ oder „lebensunfähig“ beschriebene – bildet den Kern eines Menschenbildes, das in seiner reinsten Form im historischen Nationalsozialismus zum Ausdruck kam.

Bei den rechtsextremistischen Organisationen der „Volksfront von rechts“ ist die Bereitschaft, sich zu einem solchen sozialdarwinistisch-rechtsextremistischen Menschenbild zu bekennen, unterschiedlich ausgeprägt. Selbst die NPD vermeidet es, die menschenverachtende Grundlage ihrer politischen Philosophie allzu deutlich zu thematisieren. Lediglich die „Kameradschaften“ stellen ihre neonationalsozialistische Gesinnung offen zur Schau.

Praxistipp:

Das Verwirrspiel um die tatsächlichen Ziele gehört zum taktisch modernisierten Auftreten der Rechtsextremisten und trägt dazu bei, dass sie bei politisch wenig gebildeten und demokratisch nicht gefestigten Zielgruppen Akzeptanz finden können. Eine politische Auseinandersetzung sollte daher wo immer möglich, auf dieser Ebene grundsätzlicher Wertefragen geführt werden. Die Entfernung der Rechtsextremisten vom Wertekodex zivilisierter Gesellschaften kann hier am deutlichsten gemacht werden. Wo verstanden wurde, warum die politischen Fernziele der NPD menschenverachtend sind, muss nicht mehr gesondert erörtert werden, warum man auch scheinbar sachliche Anträge der Partei im Gemeinderat ablehnen muss.

Von allen drei Gruppen stellt die NPD am deutlichsten ein spezifisch rechtsextremistisches Menschenbild heraus. In einem internen Papier wird der sozialdarwinistische Inhalt ungeschminkt erklärt: Die NPD ziehe bei der Bestimmung ihres „lebensrichtigen Menschenbildes“ Wissenschaften wie „Neurologie, Genetik, Soziologie, Biologie Anthropologie, Ethnologie und Psychologie“ heran. „Die Nationale Erkenntnistheorie beruht auf der Natur des Menschen und fordert demzufolge die Einbeziehung der Naturgesetze in das politische Handeln.“ Offensichtlich sollen politische Konzeptionen aus naturwissenschaftlichen Kategorien abgeleitet werden – ein typisches Kennzeichen sozialdarwinistisch-rassistischer Theorien.

Die Partei setzt sich dezidiert von der Wertebasis demokratischer Parteien ab. Sie unterstellt diesen ein „falsches Menschenbild, in dem der Mensch von Natur aus als gut und zudem alle Menschen unsinnigerweise als gleich bezeichnet werden.“.

Wie diese Passage zeigt, eignet sich die Ebene der Menschenbilddiskussion, um die grundsätzliche Unvereinbarkeit der NPD-Positionen mit demokratischen Vorstellungen im Allgemeinen und christdemokratischen im Besonderen zu illustrieren.

Argumentationshinweis:

Demokraten pflegen weder ein extrem pessimistisches (sozialdarwinistisches) noch ein unangebracht optimistisches Menschenbild. Sie gehen vielmehr realistisch von der Fehlbarkeit des Menschen aus und richten daher Institutionen so ein, dass die Folgen von menschlichen Fehlern beherrschbar und korrigierbar bleiben. Gewaltenteilung, Machtbeschränkung und Rechtsstaatlichkeit sind die Konsequenzen eines skeptischen Menschenbildes, das Gutes für wünschenswert hält, aber für Verfehlungen realistisch Vorsorge trifft.

Vor allem aber geht ein skeptisch-demokratisches Menschenbild davon aus, dass Menschen frei geboren, vernunftfähig und daher auch zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer persönlichen Ziele berufen sind. Sie sind dabei zu sittlicher Entscheidung befähigt, ihrem Gewissen gegenüber und – nach christlicher Auffassung – vor Gott verantwortlich.

Diese grundlegende Freiheit und Gleichheit der Menschen bestreitet die NPD. Hinter der Leerformel vom „lebensrichtigen Menschenbild“ steht zudem ihr Anspruch, gegebenenfalls zu entscheiden, was für wen „lebensrichtig“ ist. Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, so erfährt man, unterlägen „einem gewissen Wandel, die Grundwahrheiten jedoch bleiben unverändert.“¹ Aufgrund dieser Wandelbarkeit sei das lebensrichtige Menschenbild nicht statisch, sondern dynamisch. Mit anderen Worten: Die Partei behält sich vor, von Fall zu Fall zu entscheiden, was für das Leben in ihrer Volksgemeinschaft richtig ist und was nicht. Sie formuliert das ausdrücklich an einer Stelle des „Aktionsprogramms“, an der es heißt, es sei Aufgabe verantwortungsvoller Politik, den Staat so zu gestalten, dass seine Bürger eine möglichst hohe Lebensqualität genießen könnten. „Grundlage der Bewertung der ‚Lebensqualität‘ ist dabei das lebensrichtige Menschenbild.“²

Argumentationshinweis:

Die scheinbare „Wissenschaftlichkeit“ des „lebensrichtigen Menschenbildes“ könnte man anfechten, indem man darauf hinweist, dass naturwissenschaftliche Erkenntnisse keineswegs immer aus sich heraus eindeutig und oft in hohem Maße auslegungsbedürftig sind. Dieser Argumentationsgang ist indessen gefährlich: Man kann sich leicht in einer Diskussion darüber wieder finden, wie sich naturwissenschaftliche Erkenntnisse auf die Gesellschaft übertragen lassen. Damit bewegte man sich auf der von der NPD gewählten Diskursebene. Hingegen muss es darum gehen, die Offenheit des politischen Prozesses in demokratischen Ordnungen und vor allem die Freiheit und die Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen herauszustellen. Es gilt, eigene Werte positiv zu vermitteln: Ein demokratisches Menschenbild würdigt den Einzelnen nicht zum Objekt eines durch das Kollektiv vorbestimmten Schicksals herab, sondern begreift ihn als Subjekt eigenverantwortlicher Gestaltung von Politik und Zukunft. Die NPD plant das Gegenteil: Die Unterwerfung des Individuums unter angeblich unausweichliche natürliche Zwänge. Dem ist leicht zu begegnen: Eine überzeugende Vermittlung des Wertes Freiheit ist so stark, dass sie auch auf versehentliche NPD-Wähler wirkt.

3.2 VOLKSGEMEINSCHAFT ALS ETHNISCH BESTIMMTE ZWANGSKÖRPERSCHAFT

Politischer Ausdruck des „lebensrichtigen Menschenbildes“ ist bei NPD und „Kameradschaften“ die „Volksgemeinschaft“.

Das Parteiprogramm formuliert dazu an prominenter Stelle: „Volkstum und Kultur sind die Grundlage für die Würde des Menschen.“ (NPD-Programm, Ziff. 1, S. 2). In dem umfangreicheren „Aktionsprogramm“ erfährt der Leser im Kapitel „Volksgemeinschaft statt multikulturellen Wahnsinns“ (sic), das deutsche Volk sei die Grundlage der deutschen Volksgemeinschaft (S. 12). Die „Gemeinschaftspolitik“ der NPD sehe in Sprache, Kultur und Brauchtum zentrale Bestandteile menschlicher Identität (S. 12).

Aus diesen eher verstreuten Aspekten ergibt sich gleichwohl ein klares Bild der gesellschaftspolitischen Vision der NPD:

- „Volksgemeinschaft“ ist nicht nur durch Sprache, Kultur und Brauchtum definiert, sondern beruht auch auf der gemeinsamen Abstammung ihrer Mitglieder. Sie hat zum Ziel die Herstellung einer ethnisch homogenen Bevölkerung.
- Mit dieser Vision ist grundsätzlich die Ausgrenzung „Anderer“, als ethnisch und genetisch „Fremder“ verbunden; die „Volksgemeinschaft“ der NPD funktioniert also wie diejenige der Nationalsozialisten auf rassistischer Grundlage.
- Das Kollektiv der „Volksgemeinschaft“ steht über dem Einzelnen. Deswegen leitet sich von Volkstum und Kultur ab. Ein in Deutschland lebender Ausländer wäre demnach nicht nur kein Mitglied der Volksgemeinschaft; ihm käme auch keine Menschenwürde zu. Die Vorstellung von der natürlichen Würde jedes Menschen auf naturrechtlicher oder christlicher Grundlage ist der NPD fremd. Ihre Volksgemeinschaft orientiert sich an der Parole der NSDAP „Du bist nichts, dein Volk ist alles“, ohne dies deutlich auszusprechen.
- Die Volksgemeinschaft ist für Deutsche offenbar ein Zwangskollektiv, in dem der Einzelne vor allem Pflichten hat; sie schafft „die Verpflichtung für die Mitwirkung aller im Volk“ (*Politisches Lexikon* der NPD). Offenbar schließen „soziale Gerechtigkeit und Solidarprinzip“ in der NPD-Volksgemeinschaft im Zweifel auch Zwangsarbeit ein – das ergibt sich aus der programmatischen Forderung der NPD, Haftanstalten in Arbeitslager umzuwandeln.
- Das Gegenbild zur NPD-Volksgemeinschaft bildet die „multikulturelle Massengesellschaft“. Gemeint sind pluralistische Gesellschaften, in denen konkurrierende Interessen von Einzelnen und Gruppen durch demokratische Verfahren entweder per Mehrheitsentscheid oder durch Kompromiss reguliert und friedlich ausgeglichen werden.
- Hinter der scheinbar harmonischen Fassade der „Volksgemeinschaft“ verbirgt sich – wie im NS-Regime – letztlich der Diktaturanspruch einer Partei oder Herrschaftselite. Indem die NPD gesellschaftlichen Pluralismus als „multikulturellen Wahnsinn“ ächtet, deutet sie an, dass es nur ein in ihrem Sinne richtig verstandenes Interesse der „Volksgemeinschaft“ geben kann. Dies soll auf dem angeblich naturwissenschaftlich abgestützten „lebensrichtigen Menschenbild“ beruhen; tatsächlich definieren schon die einzelnen Programmpunkte der NPD, was in der „Volksgemeinschaft“ erlaubt sein wird und was nicht.

Argumentationshinweis:

Die NPD wird in der Praxis weniger mit dem historisch belasteten Begriff der „Volksgemeinschaft“ als vielmehr mit der Betonung allgemeiner Gemeinschaftsvorstellungen agieren. Dabei werden vermehrt auch Begriffe aus linksextremistischer Sozialagitation verwendet. Dies kommt insbesondere aus SED-Zeiten überkommenen Einstellungen in den neuen Bundesländern entgegen, die kollektivistisch geprägten Werten wie soziale Sicherheit stärkeres Gewicht zumessen als individual-freiheitlichen.

Gegen die rechtsextremistische Agitation ist es unumgänglich zu verdeutlichen, dass „Gemeinschaft“ zu liberal-demokratischen Werten nicht im Widerspruch steht. Demokratien stellen Integration der Bürger und staatliche Handlungsfähigkeit über einen gesellschaftlichen Grundkonsens her, der auch und vor allem Mechanismen und Regeln der Entscheidungsfindung umfasst. Gemeinschaft und Solidarität ergeben sich im Übrigen auch aus christlichen Grundwerten, denen man in freier Entscheidung zustimmen kann, anstatt durch vermeintliche ethnische Bindungen in eine Volksgemeinschaft gezwängt zu werden.

Zusätzlich muss klar herausgestellt werden, dass Pluralismus, also die Vielheit der politischen, sozialen und ethischen Auffassungen eine soziale Grundtatsache darstellt, die man nicht durch Berufung auf angeblich gegenteilige ethnisch-kulturelle Prägungen wegdiskutieren kann. Wie die historische Erfahrung zeigt, ist die Behauptung der Konfliktfreiheit einer Volksgemeinschaft nie etwas anderes gewesen als der verdeckte Anspruch einer bestimmten politischen Gruppe, eigene Vorstellungen gegen den gesellschaftlichen Pluralismus mit Gewalt zur Geltung zu bringen.

3.3 KAMPF GEGEN „MENSCHENRECHTSIDEOLOGIE“

Nur entwickelte Demokratien gestalten Grund- und Menschenrechte als einklagbare Abwehrrechte des Einzelnen aus und verpflichten die staatliche Gewalt auf den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“). Autoritäre Systeme und Diktaturen werden sich zumeist verbal zu den Menschenrechten bekennen, sie

aber in der Praxis willkürlich verletzen und nur dort gewähren, wo es den Interessen des jeweiligen Regimes nicht widerspricht.

Die NPD geht in dieser Frage einen Schritt weiter. Auf der Basis ihres biologistisch-rassistischen Menschenbildes ordnet sie Menschenrechte verschwörungstheoretisch als Instrument der „Globalisierer“ zur Errichtung der amerikanischen Weltherrschaft ein. Die „Menschenrechtsideologie“, so wörtlich, sei „die verlogenste, aber auch effektivste Propagandawaffe der Dollar-Imperialisten“³.

Die völlige Ablehnung der aufklärerischen Ideen von Menschenwürde und individuellen Grundrechten kommt auch im *Politischen Lexikon* der NPD zum Ausdruck:

Quellentext: *Politisches Lexikon* des NPD-Bundesvorstandes

„Menschenrechte: Vorstellung, dass allen Menschen Würde und gewisse Grundrechte angeboren seien. Diese Rechte werden rein individualistisch ausgelegt. Diese liberalistische Vorstellung wird heute vom Imperialismus der ‚Westlichen Wertegemeinschaft‘ oft als Vorwand benutzt, die Unabhängigkeit freier Nationen durch Eingriffe in ihre ureigensten inneren Angelegenheiten zu schmälern oder abzuschaffen [...] Menschenrechte sind wichtiger Hebel des Internationalismus zur Schaffung der ‚One World‘, unter Zerstörung gewachsener kultureller und ökonomischer Strukturen. Nationalisten erkennen an, dass Menschenrechte des einzelnen im Rahmen der Volksgemeinschaft bedeutungsvoll sind. Volksgruppenrechte und die Stärkung nationaler Souveränität haben allerdings die Gefahren eines einseitigen Individualismus abzufangen.“ (Fehler aus Original übernommen)

Nicht sehr viel weniger deutlich fallen Weisungen der Parteiführung aus, wie Aktivisten vor Ort argumentieren sollen, wenn der NPD vorgehalten wird, in ihrem volksgemeinschaftlichen Modell kämen die Menschen als konkrete, verantwortlich handelnde Subjekte nicht vor. Dort heißt es:

„Die Menschen leben in Völkern als organisch gewachsenen Gemeinschaften körperlich, geistig und seelisch verwandter Menschen mit gemeinsamer Sprache und Kultur, Geschichte und Tradition, Abstammung und Schicksal. Völker sind konkrete, greifbare Lebenserscheinungen, während es ‚den‘ Menschen gar nicht gibt. Es gibt den Deutschen, den Franzosen und den Türken, aber nicht ‚den‘ Menschen. [...] Der ‚Mensch‘ ist genauso eine Fiktion wie die ‚Menschheit‘.“

(Argumente für Funktionsträger und Kandidaten des NPD-Bundesvorstandes, 2. Auflage, September 2006, S. 13 f.)

Menschenrechte als individuelle Abwehrrechte gegen hoheitliche Freiheitsbeschränkungen umfassen noch eine weitere Komponente. Insofern Verfassungsstaaten auf den Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte verpflichtet sind, haben sie ihre Bürger nicht nur vor unrechtmäßiger hoheitlicher, sondern auch vor privater Gewalt zu schützen (staatliches Gewaltmonopol). Die Gewährleistung insbesondere der persönlichen Unversehrtheit und des Eigentums schützt innergesellschaftlich vor allem Schwache und Schutzbedürftige, denen die Mittel fehlen, sich gegen Angriffe fremder unrechtmäßiger Gewalt angemessen zu wehren. Diese Friedens- und Schutzfunktion des staatlichen Gewaltmonopols lehnt die NPD schon aus ihrer sozialdarwinistischen Grundeinstellung heraus ab. Das belegt u.a. die willige Aufnahme zahlloser vorbestrafter Gewalttäter in ihre eigenen Reihen.

Argumentationshinweis:

Die NPD-Agitation hebt ständig darauf ab, dass eine Durchsetzung von Menschenrechten aus ihrer Sicht nur einen Vorwand der „Globalisten“ für die weltweite Durchsetzung ihres „liberalkapitalistischen“ Systems sei. Tatsächlich kennt das Völkerrecht keine Befugnis einzelner Staaten für „humanitäre Interventionen“. Dergleichen ist nur sehr eingeschränkt und auf der Grundlage von UNO-Beschlüssen möglich. Allerdings wäre eine Berufung der NPD auf das Völkerrecht wenig glaubwürdig. Es umfasst nämlich auch die UN-Charta und die Europäische Menschenrechtsdeklaration, welche die NPD bei ihrer Einstellung zu den Menschenrechten keineswegs unterschreiben könnte. Ein in dieser Hinsicht nach Vorstellungen der NPD geführtes Land wäre in kürzester Zeit ein international geächteter Paria-Staat.

3.4 KULTURELLE REFERENZMODELLE: NEOHEIDNISCHE VISIONEN

Der „alte“ Rechtsextremismus und bis heute die DVU pflegten gelegentlich die „abendländische Kultur“ zu beschwören und damit auch deren spezifisch christliche Prägung einzuschließen. Damit ist es beim „neuen“ Rechtsextremismus vorbei. Besonders die Neonazi-„Kameradschaften“, aber auch die „neue“ NPD transportieren heute eine dezidiert nicht nur atheistische, sondern neo-heidnische Gesellschaftsvision.

Für die relativ starke Verankerung neoheidnischer Einschläge auch bei der NPD spricht jedoch das Versandangebot der Parteizeitung „Deutsche Stimme“. Dort sind Literatur und Devotionalien aller Art mit germanentümelndem, neoheidnischen Bezug reichlich erhältlich. Zum Beispiel wird für einen „Kalender Germanischer Jahrweiser 2007“ geworben, er enthalte „Wissenswertes über Leben und Geschichte unserer Vorfahren“. Es gibt allein 26 Artikel zur „Schwarzen Sonne“, als Anstecker, Uhr, Aufnäher, Krawattennadel; ferner germanische Götter als Bilder oder Büsten, wahlweise in Metall oder Holz Ausführung. Im Schmuckangebot befinden sich diverse Thorhämmer und Runenanhänger. Das literarische Angebot enthält natürlich *Deutsche Heldensagen* oder *Der Ahnenreiseführer - Wegweiser zu Kult- und Wirkungsstätten unserer Ahnen*.⁴

Praxistipp:

Neoheidnische und germanentümelnde Literatur, Dresscodes und Symbolik haben in der Szene einen hohen Identifikationswert. In einer Gesellschaft mit einer Vielzahl von Lebens- und Kleidungsstilen ist nicht jedem die transportierte Symbolik geläufig. Es kann daher nützlich sein, sich über solche „Codes“ und Symbole kundig zu machen. Dies schließt natürlich auch die Kenntnis darüber ein, was als Abzeichen verbotener nationalsozialistischer Organisationen strafbar sein kann.

Dazu gibt es zwei Standardwerke aus den Verfassungsschutzbehörden. Das Innenministerium Nordrhein-Westfalen brachte in der 3., völlig überarbeiteten Auflage einen vorzüglichen Wegweiser *Musik – Mode – Markenzeichen. Rechtsextremismus bei Jugendlichen* heraus.

Die 170 Seiten starke Broschüre kann unter „Bestellung. Verfassungsschutz@im.nrw.de“ abgefordert werden.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hält auf seiner Homepage als PDF-Datei eine Informationsbroschüre *Symbole und Zeichen des Rechtsextremismus* (November 2006, 56 Seiten) vor, die aber wegen ihrer Fixierung auf juristische Fragen für die politische Bildung weniger aufschlussreich ist.

Die Broschüre ist abrufbar unter http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/pb_rechtsextremismus/broschuere_2_0612_symbole_und_zeichen_/broschuere_0612_RE_Kennzeichen_12.2.07.pdf

Neoheidnische Mystik und der dazu gehörige finstere Kitsch sind denn auch eher eine subkulturelle Angelegenheit; sie wabern durch die CD-Cover, Texte, Fanzines der gewaltbereiten Skinhead-Szene, funktionieren als Identifikationsmerkmale Eingeweihter, stellen atmosphärische Kontakte zu anderen, nicht automatisch rechtsextremistisch geprägten Jugend- szenen wie Dark Wave und Gothic her.

Ideologisch und normativ sind sie allerdings dem Rechtsextremismus sehr wohl nahe:

- Die germanisch-heidnische Sagenwelt ist von Kampf und Gewalt beherrscht; sie ist im wörtlichen Sinne eine barbarische Ordnung, in der sich selbst die Götter sozialdarwinistisch gegen Riesen und andere Dämonen durchzusetzen hatten.
- Das Erscheinungsbild des Urgermanen ist der in der Dunkelheit unendlicher Wälder umherschweifende Sammler, Jäger und Krieger, d.h. im Klartext: gewöhnliche Totschläger. Er lebt im Kampf mit der ihn umgebenden Natur, wegen seines intellektuellen Status unfähig, sie zu begreifen. Kultur, Staatsbildung, Verstädterung, Handel, entwickelte Gesellschaftsformen sind ihm zu Zeiten völlig fremd, da das Imperium Romanum Teile Mitteleuropas zivilisiert. Die Verherrlichung solchen Primitivismus entspricht der Neigung von Rechtsextremisten, pluralistische und differenzierte Gesellschaftsformen abzulehnen.
- Der christliche Wertekodex mit seiner Friedensbotschaft und dem Gebot der Nächstenliebe ist wegen seiner humanistischen und universalistischen Ausrichtung dem Rechtsextremisten nazistischer Prägung völlig entgegengesetzt.

Die Diskussion gegen neo-heidnische Visionen und Germanenwahn kann man also auf der Werteebene führen.

Man kann aber auch versuchen, sie in die Gegenwart zu verlängern, um sie ad absurdum zu führen und lächerlich zu machen:

Argumentationshinweis:

Sie laufen, zu Ende gedacht, auf eine am eigenen Stamm orientierte Sippenordnung ohne festen Wohnsitz, mit gewaltsamer Regelung sozialer Konflikte, ohne kulturelle schriftliche Hinterlassenschaft, hinaus. Wenn dies ein Vorbild für Rechtsextremisten wäre, hätten sie allerdings keinen Anlass mehr, nomadisierende Straßenräuber zu verachten – was sie üblicherweise gerade dann tun, wenn diese aus anderen Kulturkreisen stammen. Wer also die germanische Urgesellschaft prima findet, muss auch für das Eigenrecht der sudanesischen Janjawid-Milizen eintreten.

Nebenbei würden auch eine Anzahl anderer, von Rechtsextremisten ansonsten geschätzter Dinge künftig entfallen müssen: Dazu zählte z.B. die als „Heimat“ geschätzte deutsche Kulturlandschaft, denn sie ist erst im Zuge der Christianisierung durch konsequente Rodung, Trockenlegung von Sümpfen und Urbarmachung des Bodens entstanden. Dazu zählte auch – für die einschlägige Klientel wahrhaft problematisch – das deutsche Bier: Es ist nun mal historisch das Produkt klösterlicher, und damit christlicher, Braukunst.

Die NPD mag den heidnischen Unfug nicht im Programm, sondern nur im Versandkatalog führen. Aber das hindert nicht, sie damit lächerlich zu machen.

3.5 GESCHICHTSBILD: VORBILD NATIONALSOZIALISMUS

Auf der Grundwerteebene ist bei NPD und „Kameradschaften“ keine Abkehr vom Nationalsozialismus als historischem Referenzmodell zu erkennen: Der offensive Kampf der NPD gegen die universalistische Geltung der Menschenrechte und die Ideologie der rassistisch begründeten Volksgemeinschaft belegen das. Andererseits wurden in der Partei NS-Nostalgie und ihre strafbaren revisionistischen Tendenzen⁵ mindestens aus taktischen Überlegungen zurückgedrängt. Das Thema vermeidet die NPD heute, und dazu gibt es eine klare Weisungslage.

Quellentext: Originalton NPD

In einer Broschüre des NPD-Bundesvorstandes (2. Auflage, Juni 2006) *Argumente für Kandidaten und Funktionsträger* heißt es:

„Auf den Themenkomplex Holocaust, Kriegsschuldfrage 1939 und Nationalsozialismus sollte sich mit dem Hinweis auf die Gegenwartsaufgaben der NPD niemand festnageln lassen. Auf dieses rückwärtsgewandte Themenfeld will uns der Gegner locken...“ Empfohlen werden z.B. folgende Antworten:

- (1) *„Adolf Hitler ist tot und die NSDAP aufgelöst, was soll also die Frage? Als Geborener lebe ich nicht in der Vergangenheit, sondern in der Gegenwart. Die Menschen haben andere Probleme, als sich ständig mit einer Zeit zu beschäftigen, die mehr als sechzig Jahre zurückliegt.“*
- (2) *„Ich beteilige mich nicht an der von linken Umerziehern betriebenen Vergangenheitsbewältigung, sondern mir geht es um die Bewältigung der problemreichen Gegenwart. Adolf Hitler und die NSDAP sind Vergangenheit, Hartz IV, Globalisierung und Verauslöschung aber bittere Gegenwart.“*

Die Argumentation rettet die NPD deshalb nicht, weil sie ständig den historischen Nationalsozialismus als Referenzmodell verwendet. Also muss man ihr auch die Diskussion über diesen aufzwingen. Das darf freilich nur geschehen, wenn der Herausforderer thematisch sattelfest ist.

NS-Nostalgie bleibt indessen wiederum durchaus ein Anliegen des Parteivolks. Betrachtet man das Literaturangebot des „Deutsche Stimme“-Verbandes, so fällt auf, wie präsent 2. Weltkrieg und Nationalsozialismus im Geistesleben der Partei sind. Natürlich kann der Versand keine strafbare NS-Literatur vertreiben. Aber sein Angebot an Militärliteratur aller Art zur Verherrlichung der Wehrmacht und der Waffen-SS ist enorm.

Dieser Eindruck entspricht der – eher selten klar ausgesprochenen – Position der NPD zum Nationalsozialismus. Parteivorsitzender Voigt umriss sie im September 2004 – entlastet von dem in Karlsruhe fahrlässig eingestellten Verbotsverfahren – so:

Quellentext: Interview Udo Voigt mit der *Jungen Freiheit* (JF) vom 24. September 2004

JF: Zu dieser ‚nationalen‘ Szene gehören die Freien Kameradschaften, die gleichzeitig eine Art informellen Flügel der NPD darstellen. Dadurch hat die Partei engen Kontakt bis hin zum militanten Neonazismus.

Voigt: Natürlich ist der Nationalsozialismus als Strömung in Deutschland auch heute vorhanden. Für die NPD ist er nicht maßgebend, aber wir versuchen, neben Nationalliberalen und Nationalkonservativen eben auch die nationalsozialistische Strömung zu integrieren, da eine Abgrenzung nur dem politischen Gegner hilft.

- 1| *Alle vorhergehenden Zitate aus „Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD. Positionspapier des NPD-Bundesvorstandes“, Nationaldemokratische Schriftenreihe - Folge 12, Berlin 2002, S. 15 f.*
- 2| *„Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“, S. 9.*
- 3| *Jürgen Gansel, Zappeln in der Menschenrechtsfalle, Erklärung vom 15. März 2006, Homepage der NPD-Bundespartei.*
- 4| *Alles unter <http://www-ds-versand.de/xtcommerce/> (4. Mai 2007)*
- 5| *Als „Revisionismus“ wird im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus das Bestreben bezeichnet, den Massenmord an den europäischen Juden abzuleugnen oder für nicht bewiesen zu erklären. In der Bundesrepublik treten die Gerichte nicht mehr in eine Beweisaufnahme darüber auf, ob die Shoa stattgefunden hat; nach allgemeiner Rechtsprechung gilt dies als erwiesen und allgemeinkundig. Mit diesem Vorgehen soll Rechtsextremisten die Möglichkeit genommen werden, ihre zynischen Anzweiflungen zulasten der Opfer in jedem beliebigen Rechtsstreit wieder neu vorzutragen.*

4. MITTLERE POLITIKEBENE: INTERNATIONALE/EUROPÄISCHE/ DEUTSCHE POLITIK

4.1 „ETHNOPLURALISMUS“ UND KAMPF GEGEN „GLOBALISMUS“

Das Kernelement rechtsextremistischer Vorstellungen einer internationalen Ordnung heißt „Ethnopluralismus“. Im Selbstverständnis von Rechtsextremisten bedeutet dies: Jede Nation verfügt über eine bestimmte, durch Geschichte, Kultur, geografischen Raum und Bevölkerung definierbare Identität. Je authentischer und unverfälschter, je weniger von „fremden“ Einflüssen beeinträchtigt diese Identität sei, desto stärker sei eine Nation. Alle Nationen hätten ein Anrecht drauf, ihre Identität zu wahren, Einmischungen abzuwehren und sich in freier nationaler Selbstbestimmung zu entwickeln.

Dieses Gedankenmodell bezieht sich auf die rechtsextremistische Sicht zu internationalen Beziehungen, zur Staatenordnung, zu militärischen Bündnissystemen und supranationalen Institutionen aller Art, zur Weltwirtschaftsordnung, schließlich auch zur Bevölkerungspolitik und zur Migrationsproblematik. „Ethnopluralismus“ hebt sich gegenüber dem offen imperialen, militaristischen und die Überlegenheit des eigenen Landes bedenkenlos reklamierenden Chauvinismus des „alten“ Rechtsextremismus auf den ersten Blick positiv

ab. Insbesondere die Betonung scheinbarer Gleichberechtigung und damit Gleichwertigkeit souveräner Völker und Nationen wirkt unverdächtig.

Ein näherer Blick enthüllt jedoch den Zusammenhang mit rechtsextremistischen Weltbildern. Die Merkmale einer bestimmten nationalen Identität werden zwar nicht näher definiert, aber dennoch einem völkischen Kollektiv insgesamt zugeschrieben. Wie und wer definiert, was spezifisch „deutsch“, „türkisch“ oder „französisch“ sein soll, ist nicht erkennbar.

Ist es akzeptabel, wenn eine Nation im Rahmen ihrer „Identität“ soldatische Qualitäten und die Gewohnheit hervorbringt, hin und wieder die Nachbarländer zu überfallen? Was sind die „geschichtlich gewachsenen Grenzen“ (NPD-Programm, Ziff. 10) innerhalb deren „souveräne Völker“ und auch die Deutschen leben sollen?

Argumentationshinweis:

Solche Fragen haben durchaus praktischen Bezug, der sich direkt an der NPD-Programmatik aufzeigen lässt: Die Partei erhebt Territorialansprüche gegen Polen. „Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge“ (NPD-Programm, Ziff. 10). Die ethnopluralistische „Souveränität der Völker“ gilt wohl für Polen nicht, denn die NPD will die ehemaligen deutschen Ostgebiete zurück. Auch wenn sie das im Programm nicht ausdrücklich schreibt, ergibt es sich schon aus ihrer feststehenden Sprachregelung, die von der ehemaligen DDR als „Mitteldeutschland“ spricht. Vielleicht ist es mit der Arrondierung von Deutschland im Osten ja auch noch nicht getan. Je nach Definition der „historisch gewachsenen Grenzen“ waren auch Elsaß, Lothringen und die belgischen Ostkantone Eupen und Malmedy mal deutsch.

Zwar sollen, wie es im Programm beschwichtigend heißt, Revisionsansprüche „friedlich“ und in „Übereinstimmung mit dem Völkerrecht“ durchgesetzt werden. Von der Glaubhaftigkeit dieser Aussage ist indessen wenig zu halten, zumal eine offene Forderung nach gewaltsamer Veränderung der Grenzen strafbar wäre (§ 80a StGB).

Schließlich bleibt auf grundsätzlicher Ebene einzuwenden, dass es im „ethnopluralistischen“ Sinne „reine“ Völker nicht gibt. Alle Kulturnationen sind bis zu einem unterschiedlich hohen Maße auch das Ergebnis von

gegenseitiger Durchdringung und Beeinflussung. Öffnung und Austausch sind sogar Voraussetzungen für den Aufstieg von Nationen, wofür als plakatative Beispiele Japan im 19. Jahrhundert und gegenwärtig China angeführt werden können. Schließlich können sich territoriale Grenzen friedlich oder unfriedlich verschieben; manche Grenze trennt kulturell eher zusammengehörende Regionen. Moderne internationale Politik arbeitet daran, die trennende Wirkung solcher Grenzen aufzuheben. Mit dem ethnopluralistischen Wahn der NPD wäre der gegenteilige Weg beschritten.

„Ethnopluralismus“ bedeutet auch die Ablehnung von internationaler Kooperation und vertraglichen Regelungen insgesamt. Rechtsextremisten sehen in anderen Nationen eben nicht automatisch gleichwertige und gleichberechtigte Verhandlungspartner, sondern Konkurrenten oder sogar Gegner. In der bewussten Abgrenzung tritt im Nachbarn, im „Anderen“ das „Fremde“ wieder als „minderwertig“ hervor. Kooperation mit ihm auf gleicher Augenhöhe scheint nicht zum Normalfall rechtsextremistischer Außenpolitik zu gehören. Das primäre Lösungsmuster zur Austragung von Konflikten im internationalen System wäre in der „ethnopluralistischen“ Konzeption der NPD zweifellos wieder die auf Macht gestützte zwischenstaatliche Gewalt. Die Erfahrungen nach 1945 haben gezeigt, dass Demokratien gegeneinander keine Kriege führen. Mit „Nationaldemokratien“ nach dem Bilde der NPD könnte das wieder anders werden.

Für das Gegenbild zum „Ethnopluralismus“ kennt die NPD mehrere Chiffren: „Globalismus“, „One World“, „Multikulturalismus“. Zu dem Stichwort „One World“ finden wir im *Politischen Lexikon* auf der Homepage des NPD-Bundesvorstandes folgenden Eintrag:

„One World: Wahnvorstellung von einer möglichen ‚Eine Welt‘, eines Weltstaates mit Welt-Innenpolitik. Die falsche Vorstellung wird gespeist durch den Glauben an eine ‚Menschheit‘ ohne Bindungen und Überlieferungen. Werkzeug des Imperialismus zur Schaffung der ‚One World‘ sind die ‚Vereinten Nationen‘. Die ideologische Leimrute zur weltweiten Durchsetzung der ‚Westlichen Werte‘ sind die ‚Menschenrechte‘“ (Orthographie wie im Original)

Die Bekämpfung dieser angeblich weltweit wirksamen imperialistischen Verschwörung beginnt daher mit der Schaffung „ethnopluralistischer“ freier Nationen, die „Durchmischung“ und „Einmischung“ vermeiden und in allem das Gegenbild der „multikulturellen“ USA sind: Globalisierungs-

Kritik meint für Rechtsextremisten nicht wie bei Linksextremisten eine andere Gestaltung von Globalisierung, sondern deren kompromisslose Bekämpfung. Dabei steht die „soziale Frage“ nicht im Vordergrund, eher schon die Klage über den angeblichen Souveränitätsverlust von Nationalstaaten und über „kulturelle Überfremdung“. Auch hier findet man als vermeintlichen Urheber wieder die „Ostküste“ – als Chiffre für die von Rechtsextremisten unterstellte jüdisch-kapitalistische Weltverschwörung.

Quellentext:

Erklärung des NPD-Bundesvorstandes zu Globalisierungsprotest

„Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die Volksgemeinschaft sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten.“ (*Deutsche Stimme*, Dezember 2000 / Januar 2001)

4.2 AUSSTIEG AUS DER EUROPÄISCHEN UNION

Angesichts ihrer Haltung gegenüber supranationalen Institutionen verwundert es nicht, dass die NPD aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die EU eingestellt ist. Die Kritik äußert sich zum Teil in wüster Demagogie, knüpft aber auch an gängige, teils populistische Bedenken an. Im Zentrum steht der Vorwurf der Abtretung von Souveränitätsrechten an eine „unheilvolle Allianz supranationaler Technokraten und Beamten“. ¹ Die EU verlange der Bundesrepublik einseitig große finanzielle Zahlungen ab, mit denen dann noch deutsche Arbeitsplätze in neue Mitgliedsländer verlagert würden. ² Kompromissloser als demokratische Globalisierungs- und EU-Kritiker lehnt die NPD auch den gemeinsamen Markt ab, da er gewachsene Wirtschaftsräume zerstöre, Arbeitsplätze vernichte und Sozialabbau fördere (NPD-„Aktionsprogramm“, S. 65) Daher seien die Verträge von Schengen, Maastricht und Amsterdam aufzuheben, die bisherige Osterweiterung der EU „rückabzuwickeln“ und die gemeinsame Währung wieder aufzugeben.

Es ist also nicht nur Kritik an der Komplexität des „zentralistischen Brüsseler Apparates“, welche die NPD umtreibt. Sie will generell keine Integration Europas als – wie sie mutmaßt – „Instrument des Kapitals zur

Durchsetzung seiner Interessen“.³ Natürlich ist auch hier wieder die kapitalistisch-jüdische Weltverschwörung am Werke: „Europa ist das Ziel vieler Begehrlichkeiten. Viele wollen von der Schaffenskraft der Europäer profitieren. Die größte Bedrohung stellen derzeit die USA dar, die Europa ihr Wirtschaftssystem aufdrängen und Europa zum Nutzen ihrer Oberschicht ausbeuten wollen. Militärischer Träger dieser Unterwerfung ist die NATO.“ (NPD-„Aktionsprogramm“, S. 66)

Argumentationshinweis:

Gegen solch blühenden Unsinn kann man nur mit Fakten und historischen Zusammenhängen, hier zu den Gründungsgedanken der EWG/EU und der NATO argumentieren. Wie viel einfacher hätten die USA als weltstärkste Volkswirtschaft die vermutete „Ausbeutung“, wenn Europa nicht als Wirtschaftsraum, sondern als isolierte Kleinstaaten aufträte? Die EU ist im Übrigen für die USA nicht nur ein immens wichtiger Handelspartner, sondern auch ein Konkurrent.

Die Kritik der NPD an der Notwendigkeit der Wirtschaftsintegration findet zudem im völlig luftleeren Raum statt. Selbst die Wirtschaftsmacht EU wird in einigen Jahren nur noch über rund 5 % der Weltbevölkerung verfügen. Gemeinsam bilden die EU-Mitgliedstaaten einen Wirtschaftsraum von nahezu 500 Mill. Einwohnern, der ein Viertel des Weltbrutto-sozialprodukts erzeugt. Einzelnen auftretend wären im Weltmaßstab selbst die größeren europäischen Nationen chancenlos.

Dies gilt insbesondere für eine – angesichts fehlender Rohstoffe und eigener Energiereserven – exportorientierte Wirtschaft wie die deutsche. Sie profitiert immens von einem vergrößerten Wirtschaftsraum, in den 50% der deutschen Exporte gehen. Gerade der NPD, die sich in der Geschichte der Weltkriegsepoche auszukennen meint, hätte es leicht, sich der problemlosen wirtschaftlichen Blockierung Deutschlands im ersten – und in vergleichbarer Form – im zweiten Weltkrieg zu erinnern.

4.3 AUSSTIEG AUS DEM ATLANTISCHEN BÜNDNIS

„Deutsche Streitkräfte dürfen nicht Mittel internationaler Großmacht-politik sein. Daher fordert die NPD den Austritt aus der NATO und die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems.“

(NPD-Programm, S. 15)

Die NATO trifft also ein ähnliches Verdikt wie die EU. Sie wird als verlängerter Arm amerikanischer Kapitalinteressen gesehen, nicht als Werte- und Verteidigungsgemeinschaft der westlichen Demokratien. Die generelle Ablehnung der NPD gegenüber kollektiven Sicherheitssystemen ergibt sich wiederum aus dem Konzept des „Ethnopluralismus“. Demnach kann es auch keine irgendwie geartete Berechtigung von Auslandsmissionen für deutsche Truppen geben – egal ob im Rahmen der NATO oder der UN. Denn in fernen Ländern entstehende Probleme – wie etwa Afghanistan als zeitweilige Basis für islamistischen Terrorismus – gehen die Bundesrepublik demnach nichts an. Die von dem ehemaligen Bundeswehr-Hauptmann Udo Voigt, der es immerhin zwölf Jahre in dem „imperialistischen Bündnis“ ausgehalten hat, geführte NPD verfügt über ein sicherheitspolitisches Profil und Fachwissen, das offenbar so weit reicht wie die Schussweite eines Wehrmachtsskarabiners. Wichtiger als eine realistische Einschätzung sicherheitspolitischer Risiken sind ihr offensichtlich solche historischen Hobbys wie die „Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit“ und die „Bildung eines deutschen Generalstabs“, wie das Programm in Ziff. 15 fordert.

Argumentationshinweis:

Die Kritik an der NATO und der Bundeswehr richtet sich bei der NPD natürlich nicht gegen Militär an sich, sondern gegen westliches Militär, das vermeintlichen Kapitalinteressen dient. Sie ist insofern praktisch deckungsgleich mit linksextremistisch intendiertem Anti-Imperialismus, wie er beispielsweise von der „Linken“ oder der DKP vertreten wird.

In einem Werbeflugblatt der NPD wird unter der Überschrift „Das kann Wirklichkeit werden“, wenn die NPD regiert, das Szenario eines sofortigen Abzugs von Bundeswehreinheiten aus allen Auslandseinsätzen ausgemalt. Das dürfte selbst bei NPD-Klientel nur mäßigen Anklang finden.

Politisch rechts orientierte Jugendliche melden sich überdurchschnittlich gerne zur Bundeswehr (nicht immer zu deren Freude). Die Aussicht, künftig nur noch in inländischen Standorten dienen zu dürfen, wird für sie kaum attraktiv sein; das „Reisebüro Bundeswehr“ ist es aber durchaus.

Der Umstand, dass Deutschland derzeit nur von Freunden umgeben ist, eröffnet deutscher Politik die Chance, mit im historischen Maßstab besonders niedrigen Aufwendungen im Verteidigungshaushalt auszukommen. Dies kann sich ändern, wenn man das freundliche und friedliche Umfeld durch ein Europa nach den Vorstellungen der NPD ersetzt, in dem jeder Staat rücksichtslos seine nationalen Interessen durchsetzt.

4.4 VERHÄLTNIS ZUM ISLAMISMUS

Der 11. September 2001 hat – nach dem Ende des Kommunismus – eine neue Bedrohung aller zivilisierten Staaten der Welt auf die Tagesordnung gesetzt. Die Reife einer politischen Formation ergibt sich auch daraus, wie sie sich zu dieser Bedrohung verhält. Der Rechtsextremismus zeigt dabei eine noch wesentlich deutlichere Sympathie und Nähe zum islamistischen Terrorismus als dies Linksextremisten tun.⁴ Links- und Rechtsextremisten vereint zwar „antiimperialistische“ Kritik an den USA und an Israel; Rechtsextremisten schätzen aber darüber hinaus insbesondere den in der islamischen Welt grassierenden Antisemitismus.

Andererseits kollidiert diese Interessenidentität der Feindbilder für Rechtsextremisten mit ihrer notorischen Ausländerfeindlichkeit. Als größte Zuwanderungsgruppe gelten Muslime als Bestandteil jener „entwurzelten Massen“, mit denen – im Jargon der Rechtsextremisten – die „Verausländerung“ Deutschlands vorangetrieben wird. Die Verachtung der Rechtsextremisten für muslimische, besonders türkische Menschen, ist geradezu paranoid, man denke an Propagandaaktionen wie „Gute Heimreise“ oder die im Neonazi-Spektrum kursierenden menschenverachtenden Musiktexte. Die „vielen orientalischen Landbesetzer“ würden „bis zum Tag ihrer Rückführung“ eine „unaufhebbare kulturelle Differenz zum Gastland“ aufweisen: „Niemand darf bezweifeln, dass der Islam in Europa eine Fremd- und Feindreligion ist.“ (NPD-Ideologe Jürgen Gansel in *Deutsche Stimme*, April 2006)

Auf einer anderen, der außenpolitischen Ebene gelten nämlich die Islamisten als Verbündete der „Nationalisten“. Sie richten sich gegen den gleichen Feind, den amerikanischen „Globalismus“, der – so die NPD – ähnlich wie der islamistische Fundamentalismus die Freiheit und Identität der Völker bedrohe. Bei dieser Orientierung wird sogar die traditionelle Fremdenfeindlichkeit von Rechtsextremisten durch den Hass auf westliche Werte überblendet:

„So positiv die wachsende Islamfeindlichkeit innenpolitisch ist, weil sie die nationalistische Forderung nach Ausländerrückführung salonfähig macht, so bedenklich ist sie außenpolitisch, weil sie den US-Amerikanern und ihrer Aggressionspolitik gegen die arabische Welt in die Hände spielt.“ (Gansel in *Deutsche Stimme*, April 2006)

Wenn der Islam als „innerer Gegner [...] Verbündeter nach außen“ ist⁵, so werden die archaischen und terroristischen Methoden der Islamisten taktisch akzeptiert.

So erscheint die Anwesenheit des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt bei einer Veranstaltung der inzwischen verbotenen Terrorgruppe „Hizb ut-Tahrir“ im Oktober 2002 in Berlin durchaus konsequent.⁶ Und im Januar 2007 schickte die NPD ihr Mitglied Benedikt Frings zur „Holocaust-Konferenz“ nach Teheran, wo sich die Internationale der Revisionisten ein Stelldichein gab. *Deutsche Stimme* zeigte den deutschen Nazi beim freundlichen Händedruck mit dem iranischen Außenminister Mottaki.⁷

Quellentext: Originalton NPD

„Möglich, dass künftige Historiker den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad einmal als Bahnbrecher einer geschichtlichen Wende würdigen werden. Denn der Iran ist derzeit die Speerspitze im Kampf um eine gerechtere Weltordnung. [...] Es gibt heute nicht mehr nur ‚den‘ Westen und den Rest der Welt. Seitdem das US-Regime ohne Rücksicht auf Verluste die ‚One World‘ ansteuert, sind neue Allianzen unumgänglich. Wer im Angesicht der amerikanischen Zumutung überleben will, muß sich heute andere Verbündete suchen als vor 20 Jahren:

Man muß dies gerade in Deutschland deutlich sagen, weil Millionen von Moslems in unserem Land das Zeug zu einer ethnisch-kulturellen Zeitbombe haben. Aber: Der Islam ist nicht unser Feind. Er mag der Feind Amerikas und der ‚westlichen Werte‘ sein, aber er ist nicht der Feind der Deutschen. Wer unbedingt nach einer Statistenrolle in Amerikas verbrecherischen ‚Krieg gegen den Terror‘ schießt, spielt das Spiel Washingtons und Israels.“

(Karl Richter, „Bleiben Sie am Ball, Herr Ahmedinedschad“, in: *Deutsche Stimme*, Juli 2006)

4.5 „RAUMORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK“

Das von der NPD als „raumorientierte Wirtschaftspolitik“ oder „raumorientierte Volkswirtschaft“ favorisierte Modell bewegt sich ideologisch in der Nähe der nationalsozialistischen Autarkiepolitik. Es knüpft an den von Herder entworfenen „geschlossenen Handelsstaat“ des frühen 19. Jahrhunderts an, lehnt Weltmarkt, freien Warenaustausch und eigenverantwortliches Unternehmertum weitgehend ab. Wirtschaft habe, so die NPD in vermutlich unbewusster Übernahme einer Diktion Mao Tse-Tungs, „dem Volke zu dienen“ (NPD-Programm, Ziff. 4):

„Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozial verpflichteten Unternehmertum. Die Führung der Volkswirtschaft ist jedoch Aufgabe des Staates und unterliegt dessen letzter Verantwortung.“ (ebenda).

In der Staatswirtschaft der NPD sind „Grund und Boden Eigentum des deutschen Volkes“; Unternehmen werden umfangreichste Abgaben abverlangt, wenn sie versuchen sollten, international wettbewerbsfähig zu werden⁸. „Der internationale Handel ist eine notwendige Ergänzung der heimatlichen Wirtschaftsbasis, darf diese aber in ihrer Vielfalt und Substanz nicht aushöhlen.“ (NPD-Programm, Ziff. 5).

Argumentationshinweis:

Die Folgen einer Abkoppelung vom Weltmarkt für ein rohstoff- und energiearmes, aber technologisch führendes und exportorientiertes Land lassen sich leicht voraussehen: Investitionen und Innovationen bleiben aus, und die Arbeitsplatzverluste der Exportindustrie würden die Arbeitslosenzahlen rasch in zweistellige Millionenhöhe schnellen lassen. Heute in internationaler Arbeitsteilung produzierte Konsumgüter würden drastisch teurer; preiswertes, in Schwellenländern gefertigtes Werkzeug aus dem Baumarkt gäbe es auch für handwerkelnende „Kameradschafter“ nicht mehr. Im Speiseplan würden Kartoffeln, Kohl und Sauerkraut wieder nach vorn rücken. Die heimische Autoindustrie würde ohne Exporte überflüssig, ihre Produkte selbst für Inländer unerschwinglich. Was fast ohne Bedeutung wäre, weil die NPD nicht erklären kann, wie sie ohne Exporte die Devisen für den Import von Treibstoffen bezahlen will.

4.6 SOZIALAGITATION

Durch Aufgreifen nationalbolschewistischer Gedankenmuster haben NPD und „Kameradschaften“ eine umfangreiche Sozialagitation entwickelt, die sich seit 2004 besonders wirksam am Thema der Arbeitsmarktreformen festmachte. Die Sozialagitation der NPD ist im Kontext ihrer Globalisierungskritik zu sehen und stets auf das völkisch-rassistische Gesamtkonzept der Partei zurückbezogen. Mit sozialpolitischen Anliegen der klassischen sozialistischen Arbeiterbewegung oder der katholischen Soziallehre hat sie nichts zu tun.

NPD und Kameradschaften suggerieren dem Publikum, soziale Ungleichheit habe ihre Ursache im „Globalismus“ und in den Weltherrschaftsplänen des (jüdischen) Kapitals. Befreiung von diesem Zustand zu organisieren, sei Aufgabe bewusst handelnder Nationalisten, die ihr Land aus dem System der Weltwirtschaft herauslösten.

Somit bleibt die Sozialagitation auch stets auf die „Volksgemeinschaft“ und die „raumorientierte Volkswirtschaft“ bezogen: Arbeitsplätze und Sozialleistungen fordern Rechtsextremisten nur für Deutsche. Ausländer sollen hingegen aus den Sozialversicherungssystemen ausgegliedert werden (NPD-Programm, Ziff. 7). Voraussetzung für die Teilnahme am

Sozialstaat ist also nicht Bedürftigkeit oder eine nicht zu vertretene Notlage des Einzelnen, sondern die ethnische Zugehörigkeit zu einem völkischen Kollektiv:

„Aus sozialer Gerechtigkeit wächst die nationale Volksgemeinschaft. Sozialpolitik bedeutet die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen. Sie muss die Geborgenheit des Einzelnen in der Gemeinschaft sichern.“ (NPD-Programm, Ziff. 7)

Die Instrumentalisierung der Sozialagitation im Sinne der völkischen Gesellschaftskonzeption der Rechtsextremisten ist mithin im NPD-Programm ganz offen nachweisbar. Es entspricht der agitatorischen Praxis, dass NPD-Abgeordnete in Kommunalparlamenten zwar gern die Erhöhung von Sozialleistungen fordern, grundsätzlich aber keine finanziellen Deckungskonzepte für ihre Forderungen präsentieren.

Mit nachlassender Aktualität der „Hartz-IV“-Problematik rückte die Sozialagitation – obgleich offiziell weiterhin Schwerpunkt der NPD-Aktivitäten – wieder etwas in den Hintergrund. Auch (national-) „sozialistische“ Forderungen sind für Rechtsextremisten nur soweit attraktiv, wie sie sich in den übergeordneten Rahmen ihrer Volksgemeinschafts-Ideologie fügen.

- 1] *NPD-Programm, Ziff. 9. Die Partei verwendet gängige populistische Kritik, um die Kosten des Apparates in Brüssel zu geißeln: „Die Leistung der EU-Beamten, insbesondere der angeblichen Spitzenkräfte, steht vielfach in keinem Verhältnis zur Besoldung. Abgehalfterte oder ungeliebte Politiker werden regelmäßig auf einen gutdotierten Versorgungsposten nach Brüssel abgeschoben, damit sie in der Heimat nicht weiter stören“ (Aktionsprogramm, Seite 68). Die Kritik ist zum Teil berechtigt, übersieht aber die hohen Anforderungen an den durchschnittlichen EU-Bediensteten, der mit einer Vielzahl unterschiedlicher nationaler Rechtsordnungen zurechtkommen und über erhebliche Sprachkenntnisse verfügen muss.*
- 2] *„Argumente für Kandidaten und Mandatsträger“, a.a.O., S. 20 f.*
- 3] *„Argumente für Kandidaten und Funktionsträger“, a.a.O., S. 20.*
- 4] *Linksextremisten lehnen soziokulturelle Aspekte des Islam wie verminderten Rechtsstatus der Frauen, Unterwerfung unter eine theokratische Ordnung, rigide Reglementierung des Lebens nach religiösen Vorschriften, ab.*
- 5] *Angelika Willig, in: „Deutsche Stimme“, Februar 2007.*
- 6] *Verfassungsschutzbericht 2002, S. 185.*
- 7] *„Deutsche Stimme“, Februar 2007. Der deutsche Nazi berichtet gerührt, sein schiitischer Reiseführer habe ihn in ein Sufi-Kloster mitgenommen, wo beide gemeinsam gebetet hätten.*

- 8| In Folge 13 der NPD-Schriftenreihe „Profil“ („Grundlagen einer nationaldemokratischen Volkswirtschaftslehre“) sind dies u.a eine Anti-Lohndumping-Abgabe, eine Naturschutzabgabe, eine Arbeitsplatzsicherheitsabgabe und eine „Rückführungsabgabe“: Damit sollen die Kosten für die Rückführung ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer abgedeckt werden.

5. ANHANG

Rechtsextremismus hat umfangreich Aufmerksamkeit in Wissenschaft und Publizistik gefunden. Nicht alle Veröffentlichungen sind indessen empfehlenswert, da viele von Linksextremisten stammen.

Über die aktuellen verfassungsfeindlichen Ziele von Rechtsextremisten informieren – mit entsprechenden Belegen – die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder. Sie sind durchweg im Internet abrufbar. Auf den Homepages der Behörden findet sich auch häufig als PDF-Dateien vorgehaltene weiterführende Literatur zu einzelnen Facetten des Rechtsextremismus.

Für einen erweiterten Überblick sind zu empfehlen:

- *TORALF STAUD, Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD.* – Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2005; eine journalistisch geschriebene, doch instruktive Darstellung der Ziele und Verflechtungen des rechtsextremistischen Bündnisses.
- *HENDRIK STEGLICH, Die NPD in Sachsen – organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolges 2004.* – Göttingen: V & R Unipress GmbH, 2005.

- *ANDREAS KLÄRNER / MICHAEL KOHSTRUCK (HRSG.), Moderner Rechtsextremismus in Deutschland.* – Hamburg: Hamburger Edition, 2006; differenzierte Darstellung auf hohem Abstraktionsniveau, im Programm der Bundeszentrale für Politische Bildung.

- *KATHARINA BEIER / JENNY BOGITZKY / HUBERTUS BUCHSTEIN / KATHARINA FEIKE / BENJAMIN FISCHER / PIERRE FREYBER / MATHIAS STRÜWING / TIM WIEDEMANN, Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns.* – Greifswald: Steinbecker Verlag 2006.

- *HARALD BERGSDORF, Die neue NPD – Antidemokraten im Aufwind.* – München: Olzog Verlag, 2007; eine aktuelle, faktenreiche und datengesättigte Einstiegslektüre zur NPD.

- *UWE BACKES / HENDRIK STEGLICH (HRSG.), Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei.* – Baden-Baden: Nomos Verlag, 2007; der umfassend angelegte Band behandelt Rahmenbedingungen, Strategien, Umfeld und Ideologie der Partei, er enthält u.a. Analysen der Kommunalpolitik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen sowie eine Untersuchung der Landtagsarbeit in Sachsen.

- *RICHARD STÖSS, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland.* 3. Aufl. Berlin 2000; die von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Studie eignet sich – obgleich einige Jahre alt – wegen ihrer abgewogenen und empirisch durch zahlreiche Tabellen und Grafiken bereicherten Darstellung nach wie vor für Praktiker der politischen Bildung. studierte Politische Wissenschaft, Jura und Neuere Geschichte an der Universität Bonn und promovierte dort zu einem Thema der Parteienforschung. Nach Tätigkeiten in der politischen Bildung war er von 1987 bis 2006 Referent/Referatsleiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln. Er ist Autor wissenschaftlicher Publikationen in Zeitschriften und Sammelbänden.

DER AUTOR

Dr. Rudolf van Hüllen studierte Politische Wissenschaften, Neuere Geschichte und Jura. Magister Artium und Promotion in Bonn. Nach Tätigkeit in der Politischen Bildung war er von 1987 bis 2006 Referent/Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.